



Mitteilungen der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg

Beitragstabelle 2007 (vom 9. Dezember 2006)

A. Gemäß § 3 der Umlageordnung wird festgesetzt:

1. Zur Erfüllung der Aufgaben der Landespsychotherapeutenkammer im Jahr 2007 wird für alle Mitglieder eine Umlage von 320 Euro erhoben.
2. Nicht beitragspflichtig sind Mitglieder der Kammer, die ihren Beruf nicht mehr ausüben und auf Wahlrecht, Wählbarkeit und Mitgliedschaft in der Vertreterversammlung schriftlich verzichten.
3. Mitglieder, die auch als Ärztin oder Arzt approbiert sind, zahlen einen Beitrag von 160 Euro.
4. Freiwillige Mitglieder zahlen einen Beitrag von 160 Euro.

B. Die Beitragstabelle tritt am 1. Januar 2007 in Kraft.

Vorstehende Beitragstabelle 2007 der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg wird nach Genehmigung des Ministeriums für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg vom 9. Januar 2007, Az.: 55-5415.2-4.4, hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Stuttgart, den 12. Januar 2007

gez. Dipl.-Psych. Dr. Dietrich Munz
Präsident der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Gesundheitsreform war weiter das beherrschende Thema der letzten Wochen und Monate. Nur langsam zeichnete sich ein Kompromiss ab. Wir unterstützten einerseits die Forderung nach einer generellen Neugestaltung des Gesetzes, versäumten es jedoch nicht, alle Möglichkeiten zu nutzen, damit unsere speziellen Belange im Gesetz Berücksichtigung finden. Es ist den politischen Vertretern der Psychotherapeuten in den Verbänden und Kammern gelungen, geschlossen gegenüber den Landes- und Bundespolitikern unsere Forderungen zu den Gesetzeshinhalten vorzutragen. Dies wurde von den Gesundheitspolitikern anerkennend wahrgenommen und soll uns allen in den Verbänden und der Kammer Aufforderung sein, auch zukünftig alle Anstrengung zu unternehmen, möglichst gemeinsam gegenüber der Landes- und Bundespolitik aufzutreten.

Einigkeit besteht auch darin, dass wir nach Novellierung des Landeskrankenhausgesetzes den Ärzten so weit als möglich gleich gestellt werden. Diese Forderung haben wir an das Ministerium und die Gesundheitspolitiker in Baden-Württemberg herangetragen und hoffen, dass sie Eingang in die Gesetzesnovellierung finden.

Neben interner Umorganisation der Geschäftsstelle zur Verbesserung der Kammerverwaltung steht der räumliche Umzug der Kammer Ende April an, da es in der Hauptstätter Straße zu eng wurde und zu laut war. Wir freuen uns, dass die KammermitarbeiterInnen in den neuen Räumen bei weniger Verkehrsstaub und -lärm ihrer Arbeit nachgehen können und von der dortigen Infrastruktur mit Kantine und Cafeteria des künftigen Vermieters profitieren können. Wir bitten Sie jedoch schon jetzt, uns umzugsbedingte Verzögerungen und Misslichkeiten nachzusehen.

Nicht nur zur Information, sondern auch zur Kommunikation mit unseren Kammermitgliedern werden wir die Homepage zukünftig auch dazu nutzen, an uns gerichtete Leserbriefe und Kommentare dort für alle Mitglieder zugänglich zu machen. Es ist sehr erfreulich, welche Beachtung die Homepage findet.

Andreas Schale, der aus Baden-Württemberg weggezogen ist, möchten wir für sein Engagement für die Kammer und im Ausschuss PTI danken. In die VV rückte Werner Wiegand nach, Dr. Karl Eugen Graf wurde in den Ausschuss nachgewählt.

Mit den besten Grüßen

Ihr Kammervorstand
Dietrich Munz
Martin Klett
Kristiane Göpel
Renate Hannak-Zeltner
Birgitt Lackus-Reitter

Gesundheitsreform – Wettbewerbsstärkungsgesetz

Die intensive, zeitweise auch etwas polarisierte politische Auseinandersetzung zur Gesundheitsreform ging auch in Baden-Württemberg weiter. Beachtenswert und sehr wohl auch politisch wahrgenommen wurde die Geschlossenheit aller „Leistungserbringer“. Bzgl. der spezifischen Anliegen der Psychotherapeuten wurde auf gemeinsame Initiative der Psychotherapieverbände sowie politischen Aktivitäten der Landespsychotherapeutenkammern und der Bundespsychotherapeutenkammer über den Bundesrat die angemessene Vergütung von Psychothe-

rapie als Einzelleistung in den Gesetzesentwurf eingebracht. In einer Pressekonferenz der Landesärztekammer, an der die Kassenärztliche Vereinigung, die Heilberufekammern, die Krankenhausgesellschaft und der Marburger Bund teilnahmen, hat die Landespsychotherapeutenkammer die auf der homepage veröffentlichte Stellungnahme zur grundsätzlichen Bedeutung der Betonung wirtschaftlichen Wettbewerbs im Gesundheitswesen hervorgehoben und kritisiert. Wir müssen dagegen protestieren, dass unsere Patienten zunehmend mehr zu

Kunden, wir zu gegeneinander konkurrierende Leistungserbringer in einem wettbewerbsorientierten Gesundheitsmarkt werden. Psychotherapie darf nicht zu einer Ware werden, sondern muss als eine therapeutische Beziehung immer besonders geschützt werden. Weder die Versorgung psychisch kranker Menschen auf hohem Niveau noch das Vertrauen zwischen Patienten und Therapeuten darf durch überzogene Regelungen und Kontrollen gefährdet werden. Die freie Wahl der Therapeuten muss gerade in der Psychotherapie erhalten bleiben.

Bericht über die Vertreterversammlung am 9.12.2006

Organisation der Kammergeschäftsstelle: Die dritte Vertreterversammlung (VV) der zweiten Wahlperiode befasste sich zunächst intensiv mit organisatorischen Fragen der Kammer. Anlass war der Bericht des Vorstands über die Institutionsberatung und die Absicht, dem jetzigen Justitiar der Kammer, Herrn RA Gerlach die Aufgabe der Geschäftsführung bis zum Ende dieser Wahlperiode zu übertragen, um so den Vorstand bezüglich organisatorischer Aufgaben zu entlasten.

Haushaltsabschluss 2005 und Haushaltsplan 2007: Nach ausführlichem Bericht des Wirtschaftsprüfers zum Haushaltsabschluss 2005 wurde dieser durch die VV genehmigt und der Rechnungsführer und Vorstand entlastet. Der vom Haushaltsausschuss vorgestellte Haushaltsplan, in dem der bisherige Umfang der Einnahmen und Ausgaben festgeschrieben bleibt, wurde mehrheitlich angenommen. Auch wurde beschlossen, den Kammerbeitrag in der bisherigen Höhe beizubehalten.

Künftige Beitragsgestaltung: Die künftige Beitragsgestaltung wurde in der VV intensiv beraten (siehe hierzu auch PTJ 4/2006, S. 396). Die zwei grundlegenden Beitragsmodelle – eine vom Berufseinkommen linear oder abgestufte Beitragshöhe oder ein einheitlicher Kammerbeitrag – wurden ausführlich gegeneinander abgewogen. Die Vertreterversammlung beauftragte den Haushaltsausschuss ab-

schließend, in der nächsten VV einen Entwurf einer Beitragsordnung mit einheitlichem, vom Einkommen unabhängigen Kammerbeitrag mit differenzierten Kriterien zur Beitragsermäßigung zu erarbeiten.

Wahl eines VV-Versammlungsleiters: Nachdem im novellierten Heilberufekammer-Gesetz die Möglichkeit zur Wahl eines Versammlungsleiters vorgesehen ist und die erforderliche Änderung der Hauptsatzung der Kammer beschlossen wurde (PTJ 3/2006), wählte die Vertreterversammlung Siegfried Schmieder zum Versammlungsleiter und Sibille Seeger zu dessen Vertreterin.

Wahl der Delegierten des Deutschen Psychotherapeutentages: Die Wahl der Mitglieder der Delegiertenversammlung der Bundespsychotherapeutenkammer (Deutscher Psychotherapeutentag DPT) wurde auf Antrag vertagt. Wir werden Ihnen deshalb erst im nächsten PTJ mitteilen können, wer unsere Kammer bis Ende 2009 im DPT vertreten wird.

Verabschiedung der Weiterbildungsordnung: Nachdem die Musterweiterbildungsordnung der BPTK (MWBO, siehe auch PTJ 2/2006, S. 154 und S. 160 ff.) verabschiedet wurde, war beabsichtigt, eine Weiterbildungsordnung (WBO) unserer Kammer zu beschließen. Es war vorgesehen, die Grundsätze der Weiterbildung zu regeln und für den Bereich Klinische Neu-

ropsychologie eine WBO zu verabschieden. Dies musste vertagt werden, da das Ministerium für Arbeit und Soziales als Aufsichtsbehörde juristische Bedenken äußerte, die noch mit dem Kammervorstand besprochen werden sollen.

Versorgungswerk: Herr Munz berichtete der VV, dass vor einem möglichen Beitritt zum Psychotherapeutenversorgungswerk Nordrhein-Westfalen (PTV-NRW) wegen der Trennung des Vermögens der dortigen Psychotherapeutenkammer (PTK-NRW) und des Versorgungswerks PTV-NRW eine Änderung des dortigen Heilberufekammergesetzes erforderlich ist. Damit ist frühestens im Spätherbst 2007 zu rechnen. Eine erforderliche Änderung der Satzung der PTK-NRW und des PTV-NRW ist erst danach möglich. Die Vorwegnahme dieser Regelungen in einem Staatsvertrag ist nicht möglich. Weiterhin konnte die Sicherung eines möglichst weitgehenden Mitspracherechts unserer künftigen Mitglieder im PTV-NRW über den Staatsvertrag bisher noch nicht endgültig ausgehandelt werden. Dies war Anlass, dass unsere VV den Vorstand ermächtigte, unabhängig von der Fortsetzung der Verhandlungen mit dem PTV-NRW auch sondierende Gespräche mit den anderen Psychotherapeutenversorgungswerken zu führen, um einen möglichst raschen Beitritt zu einem Versorgungswerk zu ermöglichen.

Fortbildungszertifikat

Der Vorstand hat bezüglich der Vergabe von Fortbildungszertifikaten zwischenzeitlich Durchführungsbestimmungen beschlossen, die sich inhaltlich am Verfahren der Landesärztekammer orientieren. Kammermitglieder, die bereits mindestens 250 anrechnungsfähige Fortbildungspunkte erworben haben, können ab sofort beim Referat Fortbildung & Qualitätssicherung ihr Fortbildungs-

zertifikat beantragen. Alle erforderlichen Unterlagen hierzu (Antragsformular, Formblätter, Informationen) finden Sie auf unserer Homepage. Für Psychotherapeuten, die bereits vor dem 01.07. 2004 approbiert waren, gilt für den ersten Anrechnungszeitraum, der im Regelfall maximal 5 Jahre betragen kann, eine Sonderregelung. Bitte beachten Sie, dass nur formgerechte Anträge bearbeitet werden

können. Wie in der Fortbildungsordnung vorgesehen, können für Kammermitglieder auch ab sofort auf Wunsch „persönliche Fortbildungspunktekonten“ geführt werden. Bitte beachten Sie hierbei, dass auch dieses Konto formgerecht beantragt werden muss und dass die absolvierten Fortbildungen nach einem standardisierten Schema eingereicht werden müssen (siehe ebenfalls Homepage).

Novellierung des Landeskrankenhausgesetzes

Die Landesregierung bereitet seit einiger Zeit eine Überarbeitung des Landeskrankenhausgesetzes (LKHG) vor und hat die Psychotherapeutenkammer in die Anhörung zum Entwurf der Änderung einbezogen. Uns ist es ein wichtiges Anliegen, dass die Psychotherapeutenkammer einen Sitz im Landeskrankenhausausschuss er-

hält. Weiterhin haben wir darauf hingewiesen, dass bisher keine Gleichstellung von Psychotherapeuten und Ärzten im LKHG vollzogen sei. So ist beispielsweise die Übersendung der Patientendaten an Weiterbehandelnde nach dem Klinikaufenthalt auf Ärzte eingeschränkt, obwohl

natürlich auch unsere Kolleginnen und Kollegen bei Psychotherapien die Behandlung ambulant fortführen. Auch aus der Verrechnung von Privatliquidationen können wir in den Krankenhäusern mit Bezug auf das LKHG ausgenommen werden.

Kammerhomepage

Die Homepage der Kammer erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Die Anzahl der jährlichen Zugriffe steigerte sich in 2006 gegenüber dem Vorjahr um knapp 14% von 56.000 auf über 64.000. Gegenüber

2001, dem ersten Jahr der Kammerhomepage bedeutet dies eine Steigerung um mehr als das Zehnfache (2001: 6.200 Zugriffe). Ziel wird auch im kommenden Jahr sein, u.a. durch eine thematische

Ausweitung und den Aufbau eines qualifizierten Downloadbereichs die Seite für Mitglieder und Interessierte noch attraktiver zu machen und die Zugriffsraten weiter zu steigern.

Leserbriefe zu den Landesmitteilungen auf der Kammerhomepage

Leserbriefe zu den Mitteilungen der Kammer werden in der Regel nicht im Psychotherapeutenjournal abgedruckt. Wir haben deshalb entschieden, diese – bei

Einwilligung des Autors – auf der Kammerhomepage zu veröffentlichen. Dies bezieht sich auch auf Rückmeldungen, die wir direkt über die Homepage erhal-

ten. Auch Erwidierungen und Kommentare werden wir einstellen, um so die Diskussion über die Arbeit unserer Kammer anzuregen.

Suchtforum 2006 in Freiburg mit 700 Schülern

Das diesjährige Suchtforum 2006 – Tabakabhängigkeit in Freiburg wurde von knapp 700 Schülern aus etwa 25 Klassen besucht und wurde wieder ein voller Erfolg. Die gemeinsam von Landespsychotherapeutenkammer, Landesapothekerkammer, dem Badischen Landesverband für Prävention und Rehabilitation (blv.), der Stadt Freiburg und dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald or-



ganisierte Veranstaltung im Freiburger Konzerthaus war die dritte dieser Art nach Karlsruhe (2005) und Ulm (2004). Prominente Unterstützung fanden die Organisatoren durch den Trainer des Fußballzweitligisten Sport-Club Freiburg Volker Finke, selbst bis vor einigen Jahren Stress- und Kettenraucher. In der Pressekonferenz berichtete er Redakteuren von Lokal- und Schülerzeitungen ein-

drücklich von seinen Erfahrungen mit dem Rauchen und dem Aufhören damit. LPK-Vizepräsident Martin Klett ging auf die Möglichkeiten psychologischer und psychotherapeutischer Hilfen bei Prävention und Raucherentwöhnung ein und appellierte an die Politik, mehr Betätigungsmöglichkeiten bezüglich der Prävention, auch in der kassenärztlichen Versorgung für PP/KJP, zu schaffen.

Das Programm umfasste Vorträge zum Thema Rauchen sowie die Vorstellung des Präventionsprogramms „Mädchen SUCHT Junge“. Hohen Anteil am Erfolg hatte auch die Bigband des Deutsch-Französischen Gymnasiums Freiburg sowie zwei Schülergruppen, die mit gelungenen Sketchen („Nein“-Sagen) das Thema auflockerten. Durch die Veranstaltung führte wie im letzten Jahr TV-Moderatorin Domenica Berger

(SWR DAS DING.tv), die mit Fingerspitzengefühl und Geschick die Aufmerksamkeit der Schüler lenkte. Das Forum wird begleitend evaluiert, d.h. die teilnehmenden Schüler und Lehrer befragt. Die Ergebnisse werden auf der Homepage der Kammer sowie in einer der nächsten Ausgaben des PTJ nachzulesen sein. Auf der Homepage finden Sie weitere Infos sowie eine Bildergalerie.

Jugendliche Amokläufer – Mehr Schulpsychologen in Baden-Württemberg

Nachdem in der Folge der Ankündigung eines Jugendlichen im Internet, am Nikolaustag in einer Schule Baden-Württembergs Amok zu laufen, öffentlich wiederholt sehr einseitig über die Wirkung von gewaltverherrlichenden Computerspielen diskutiert wurde, sah sich der Vorstand der LPK veranlasst eine Pressemitteilung zu den möglichen psychosozialen Einflussfaktoren jugendlicher Gewalt herauszugeben („Ju-

gendliche Amokläufer – alles eine Frage der Computerspiele?“) und mehr Ressourcen für Schulpsychologie und Schulsozialarbeit zu fordern. Noch vor Weihnachten reagierte die baden-württembergische Landesregierung auf die Situation mit der Verdoppelung der Stellen für Schulpsychologen von 54 auf 104. Diese Entscheidung wurde von der LPK begrüßt, allerdings mit dem Hinweis, dass dies immer noch viel

zu wenige Stellen für die ca. 1,7 Millionen Schüler und 60.000 Lehrer an den 4500 Schulen des Landes sind. Die Relation Schulpsychologen zu Schüler beträgt nach Aufstockung der Stellen 1:16.300, was immer noch unter dem bundesweiten Schnitt (1:12.500) und weit unter der Mindestrelation von 1:5.000 liegt. Beide Pressemitteilungen sind zu finden unter www.lpk-bw.de/Presse.htm.

Termine

Begutachtung von traumatisierten Flüchtlingen in aufenthaltsrechtlichen Fragen: Wie im letzten PTJ bereits angekündigt bietet die Landespsychotherapeutenkammer zusammen mit der Landesärztekammer Baden-Württemberg vom 20. bis 22. April 2007 einen weiteren Fortbildungsblock zur Begutachtung traumatisierter Flüchtlinge an. Die Veranstaltung findet in der Bezirksärztekammer Nordwürttemberg in Stuttgart-Degerloch

statt. Weitere Infos und das Anmeldeformular finden Sie auf der lpk-homepage unter „Mitglieder/Veranstaltungen“.

3. Landespsychotherapeutentag: Der Vorstand der LPK bespricht aktuell mit den Fraktionen der Vertreterversammlung, ob ein LPT im Jahre 2008 mit dem Thema „10 Jahre Psychotherapeutengesetz“ veranstaltet werden könnte. Sollte der Vorschlag auf Akzeptanz stoßen, würde der

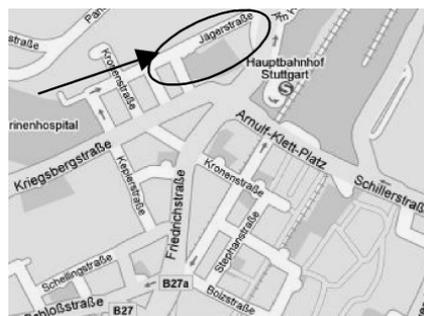
am 30. Juni 2007 geplante LPT verschlankt und als Veranstaltung für die angestellten Kammermitglieder durchgeführt werden. Wir werden auf der Homepage und mit einem Rundbrief diesbezüglich weiter informieren.

Nächste Vertreterversammlung: Im Haus der Wirtschaft in Stuttgart wird am Samstag, den 13. Oktober 2007, die nächste LPK-VV stattfinden.

Umzug der Kammer – neue Adresse

Die Kammer wird zum 1. Mai 2007 in neue Räume in der Jägerstraße umziehen. Neue Adresse: Jägerstraße 40, 70174 Stuttgart (vgl. Graphik).

Die Kammer wird dann in ruhigerer Lage als bisher verkehrstechnisch günstig nahe dem Hauptbahnhof zu finden sein.



Geschäftsstelle

Hauptstätter Straße 89
70178 Stuttgart
ab Mai:
Jägerstraße 40, 70174 Stuttgart
Mo – Do 9.00 – 15.30 Uhr
Fr 9.00 – 13.00 Uhr
Tel. 0711 / 674470 – 0
Fax 0711 / 674470 – 15
info@lpk-bw.de; www.lpk-bw.de